

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: 102 281 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 pbbn d

Inhalt

Josef Vosen MdB fordert eine verstärkte Förderung der alternativen Energieforschung: Nicht weiter so, Herr Bundeskanzler.

Seite 1

Dr. Volker Hauff MdB korrigiert Vorurteile über Schadstoffemissionen beim Kernenergie-Ausstieg: Sachlichkeit ist gefragt.

Seite 3

Rudi Schmitt MdB kommentiert die Amnestie in Polen: Mutiger Schritt zum inneren Ausgleich.

Seite 4

Dokumentation:

Robert Antretter-Rede über Terrorismus vor der Parlamentarischen Versammlung des Europarates.

Seite 5

41. Jahrgang / 179

19. September 1986

Nicht weiter so, Herr Bundeskanzler!

Die Bundesregierung verhöhnt uns bei der alternativen Energieforschung

Von Josef Vosen MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß für Forschung und Technologie

Als der Ölschock 1973 den Westen traf, leitete die sozialliberale Bundesregierung und insbesondere ihr Forschungsminister eine überzeugende Strategie ein: Weg vom Öl - Energieeinsparung - nicht-nukleare Energieforschung.

Die Einsparerfolge sind bekannt. Unsere Abhängigkeit vom Öl hat sich drastisch verringert. Die Bundesrepublik ist bei den Technologien der Energieeinsparung, der Nutzung alternativer und regenerativer Energie (Wind, Sonne, Biomasse, Erdwärme) weltweit führend.

Seit der Tschernobyl-Schock 1986 die Welt traf, gibt die jetzige Bundesregierung die Losung aus: „Augen zu und durch.“ Sie streut den Wählern Sand in die Augen, indem jetzt auch Koalitionskreise die Kernenergie als Übergangsenergie bezeichnen. „Wir unterstützen die Forschung alternativer Energiequellen mit Nachdruck. Die nötigen Mittel werden wir bereitstellen.“

Diese Ankündigung ist völlig unglaubwürdig. In dem jetzt nach und nach bekanntwerdenden Energiebericht nennt die Bundesregierung als „nötige Mittel“ für das „mit Nachdruck“ verfolgte Ziel der Erforschung alternativer Energiequellen 200 Millionen DM von 1987 bis 1990 im Etat des Bundesforschungsministers. Im Etat des Bundeswirtschaftsministers gibt es keine neuen flankierenden Maßnahmen zum Energiesparen. Das ist unverantwortlich und eine Verhöhnung aller nach Tschernobyl besorgten Menschen.

Die Aufwendungen für alternative Energieforschung waren 1981 schon 616 Millionen DM im Jahr und sollten in der Finanzplanung

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressenhaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Printed in Germany
with 100% recycled paper
Kreuz-Netz-Papier



der sozialliberalen Koalition bis Ende 1985 auf 780 Millionen DM ansteigen. Und dies ohne eine nukleare Katastrophe und ihren Zwang zur beschleunigten Erforschung alternativer Energien.

Diese Bundesregierung hat seit 1982 die nicht-nukleare Energieforschung systematisch abgewürgt. 1983 wurden die Mittel zunächst auf 545 Millionen DM abgesenkt und liegen im Haushalt 1986 noch bei 428 Millionen DM. 1987 sollen sie weiter auf 422 Millionen DM sinken, wie es im Haushaltsplanentwurf 1987 - Einzelplan 30 - nachzulesen ist. Hierin ist die vorgesehene Erhöhung um 50 Millionen DM für 1987 aus der Ankündigung des Energieberichts zum beträchtlichen Teil schon enthalten.

Die Bundesregierung hat der Forschung und Umsetzung nicht-nuklearer Energieversorgung seit ihrem Amtsantritt praktisch jährlich 200 bis 300 Millionen DM entzogen. Das summiert sich inzwischen schon auf eine Milliarde DM. Wie man weiß, wurde die Kerntechnik mit 20 bis 30 Milliarden DM gefördert. Wenn die Bundesregierung jetzt nach Tschernobyl jährlich 50 Millionen DM „aufstockt“, so ist das der reine Zynismus.

Die Argumentation des Forschungsministers, es gebe keine Projekte mehr, ist unhaltbar. Wenn man die Förderquote bei 50 Prozent einfriert, ist wegen der ungewissen Anwendungsreife vieler längerfristig aussichtsreicher Projekte natürlich nicht zu erwarten, daß sich Projektideen finden, die sich schon mit 50 Prozent tragen. Für den strategischen Punkt einer sicheren Energieversorgung ohne Kernenergie bedarf es auch höherer Fördersätze. Dann kämen vielmehr Wasserstoff- und Sonnenenergie-Projekte in die Diskussion. Auch Anwendungen mit Windenergie würden verstärkt förderbar.

Wir fordern eine Vervielfachung der Fördergelder für alternative Energieforschung einschließlich Kohleforschung und höherer Fördersätze für Schlüsselprojekte, so wie das bei kerntechnischen Projekten in der Vergangenheit auch geschah. Wir fordern Demonstrationsanlagen für Windenergie in der ganzen Bundesrepublik, wir fordern, die Forschung von Wasserstofftechnologien in großem Stil aufzunehmen, und wir fordern die Einführung von Begünstigungen bei der Einführung alternativer Energien im Etat des Wirtschaftsministers.

(-/19.9.1986/va-he/st)

* * *



Sachlichkeit ist gefragt

Keine zusätzliche Schadstoffbelastung der Luft durch den geordneten Ausstieg
aus der Atomenergie bis 1995

Von Dr. Volker Hauff MdB

Stellvertretender Vorsitzender der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion

Im Zusammenhang mit dem Zwischenbericht über eine sichere Energieversorgung ohne Atomkraft wird in jüngster Zeit fälschlich verstärkt behauptet, wir würden die Schadstoffbelastungen von neuen Kohlekraftwerken auf die leichte Schulter nehmen. Davon kann keine Rede sein.

Die Bezugsgrößen innerhalb dieser Diskussion kreisen um folgende Fragen:

- Wie hoch ist die Schadstoffbelastung bei Beibehaltung der Atomkraft?
- Wie hoch ist die Schadstoffbelastung bei einem geordneten Ausstieg aus der Atomenergie?

Das vorliegende Gutachten des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung weist darüber Daten und Fakten auf, die zur sachlichen Auseinandersetzung zwingen:

Vergleich: In 1.000 t/Jahr, alle Energieträger

	Ausgangslage	1995	Minderung
Schwefeldioxyd:			
bei weiterer Nutzung der Atomkraft	1333	296	fast 80 %
bei geordnetem Ausstieg aus der Atomkraft	1333	426	fast 70 %
Stickoxyd:			
bei weiterer Nutzung der Atomkraft	751	247	68 %
bei geordnetem Ausstieg aus der Atomkraft	751	363	über 50 %

Mit anderen Worten: Bei einem Ausstieg aus der Atomenergie bis 1995 verringern sich die Schadstoffe ganz wesentlich: Bei Schwefeldioxyd um fast 70 Prozent, bei Stickoxyd um mehr als 50 Prozent.

Aber: Bei diesen Werten geht das Gutachten davon aus, daß es bis 1995

- keine zusätzlichen Maßnahmen zur Energie- und Stromersparung
- keine Verschärfung der Umweltgesetze
- keine technologischen Innovationen in der Umwelttechnik gibt.

Gerade aber innerhalb dieser Bereiche sind zusätzliche Anstrengungen erforderlich und auch zu erwarten, damit wir in der Umweltindustrie zur ersten Adresse werden.

Fazit: Bei unserem Vorschlag für eine sichere Energieversorgung ohne Atomkraft kommt es also zu einer drastischen Verringerung der Schadstoffe aus Kohlekraftwerken. Diese Verringerung beträgt im Laufe der nächsten zehn Jahre 50 bis 70 Prozent.

Das oben genannte Vorurteil ist demnach weder berechtigt noch sachlich haltbar. (-/19.9.86/st/fr)

* * *



Mutiger Schritt zum Inneren Ausgleich

Die Amnestie in Polen beweist Selbstvertrauen Jaruzelskis

Von Rudi Schmitt MdB

Die SPD sieht in der Freilassung der politischen Gefangenen durch die polnische Regierung einen Ansatz zu einem neuen Dialog zwischen der PVAP und der immer noch skeptischen Intelligenz und der katholischen Kirche in Polen.

Nach der Verbesserung der wirtschaftlichen Lage gegenüber 1981 schafft Jaruzelski mit seiner Amnestie weitere Voraussetzungen für einen Konsens in der polnischen Gesellschaft.

Mit der Freilassung prominenter Solidarnoc-Führer beweist er Selbstvertrauen, macht der Opposition ein glaubwürdiges Angebot zum Ausgleich, und hält die Partei zur Zusammenarbeit an. Jaruzelski sagte dieser Tage, jede Initiative, die dem Wohl des Ganzen diene, müsse beachtet und genutzt werden, unabhängig davon, woher sie kommt.

Schon in den letzten Jahren hatten ehemalige aktive Solidarnoc-Funktionäre einen Platz in den Betriebsvertretungen und neuen Gewerkschaften gefunden. Sie setzen sich dort nachhaltig für die Interessen ihrer Kolleginnen und Kollegen ein. Immer mehr Anhänger der Solidarnoc erkennen, daß eine Veränderung Polens, wie dies in dem Programm Oliva 1981 gefordert wurde, nur nach den gegebenen Realitäten möglich ist.

Die SPD sieht sich darin bestätigt, daß der nicht unterbrochene Dialog mit Warschau mit dem Hinweis auf die Erreichung eines nationalen Kongresses eine reelle Chance bekommt.

Mit Jaruzelski und seiner Regierung sind aber Reformen in der polnischen Gesellschaft möglich. Die Amnestie ist ein mutiger Schritt zum Inneren Ausgleich in Polen. Sie kann gleichermaßen dazu beitragen, die noch immer gespannten Beziehungen zu den westlichen Staaten, insbesondere der USA, zu verbessern.

(-/19.9.1986/vo-he/st)

* * *

DOKUMENTATION

Besonnenheit ist gefragt

Am (heutigen) Freitag führt die Parlamentarische Versammlung des Europarates in Straßburg eine Debatte über den Terrorismus. Im folgenden dokumentieren wir den Beitrag des deutschen Sozialdemokraten Robert Antretter MdB im Wortlaut.

„Dankbar ist festzustellen, daß die Debatte über diesen Bericht mit dem Ernst und der Besonnenheit geführt wird, die dieses Thema dringend erforderlich machen.

Die Ereignisse der letzten Tage in Frankreich erfüllen Millionen von Menschen in aller Welt mit tiefer Sorge und Mitgefühl.

Es ist die Pflicht der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, sich dieser Sorgen und Ängste bewußt zu sein und alles zu tun, um diese Sorgen und Ängste zu mindern.

Dazu gehört Besonnenheit. Dazu gehört Klarheit und Festigkeit gegenüber terroristischen Aktivitäten. Dazu gehört aber auch der Wille, bei der Abwehr solcher Aktivitäten den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit nicht außer acht zu lassen.

Es darf nicht sein, daß ein Teil der Europäer privilegiert und ein anderer diskriminiert wird.

Wenn es richtig ist, daß der Terrorismus international agiert, dann reichen nationale Maßnahmen zu seiner Bekämpfung nicht aus.

Wenn sie außerdem noch an die Bürgerinnen und Bürger Europas unterschiedliche Maßstäbe anlegen, dann werden sie nicht nur erfolglos in der Bekämpfung des Terrorismus sein, sondern dann werden sie auch das europäische Einigungswerk zurückwerfen. Und dieses Werk weiter zu führen und zu vollenden ist auch unsere Verpflichtung.

Der uns vorliegende Bericht, eine verdienstvolle Arbeit, verurteilt jede Form des Terrorismus, insbesondere auch den internationalen Terrorismus. Dieser Verurteilung ist ohne jede Einschränkung zuzustimmen.

Und das Hauptaugenmerk aller besonnenen Kräfte sollte sich auf die folgenden Aufgaben konzentrieren.

1. Es muß klar sein, daß der Europarat einen aktiven Beitrag zum Kampf gegen den Terrorismus leisten will.
2. Wir müssen unsere Politik in dem Bewußtsein formulieren, daß die Ursachen für den Terrorismus zwar sehr unterschiedlich sind, daß aber unbestritten eine der Ursachen der Konflikt im Nahen Osten ist, der schon Jahre andauert.

Viele Menschen in dieser Region leben in absoluter Hoffnungslosigkeit. Und wenn nicht beide Weltmächte eine neue, wirkungsvolle und breit angelegte Initiative ergreifen, wird es keine neue Hoffnung geben.

Diese notwendige Friedensarbeit wird erschwert durch die Tatsache, daß wir es mit drei unterschiedlichen Krisen und Konflikten in der Region zu tun haben, nämlich dem eigentlichen Nahostkonflikt, dem brutalen Bürgerkrieg im Libanon und dem Krieg im Iran und dem Irak.

Zwischen diesen Konflikten gibt es Verbindungslinien. Im übrigen geben auch gewisse Entwicklungen im religiösen Bereich dieser Region Anlaß zur Sorge.

Die zentrale Antwort, die wir an die Adresse der Terroristen zu geben haben, lautet Geschlossenheit aller Europäer. Sicherheitspolitik und Außenpolitik müssen in weit stärkerem Maße europäisiert werden.

Neben mehr Wirksamkeit im Kampf gegen den Terrorismus dürfte dieses Vorgehen noch den Nebeneffekt haben, daß die Europäer im Bündnis ernster genommen werden.

Zur Europäisierung der Außen- und Sicherheitspolitik gehört, daß wir weiter am Ausbau der internationalen Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Terrorismus festhalten, insbesondere mit den arabischen Staaten.

In diesem Zusammenhang sollte die Idee einer internationalen Polizeieinheit zur Bekämpfung des Terrorismus genau geprüft werden.

Wir haben zum Beispiel in der Bundesrepublik mit der GSG 9 eine hervorragend ausgebildete und ausgerüstete Truppe; aber aus den Erfahrungen, die wir im Jahre 1977 gemacht haben, wissen wir, daß es in vielen Ländern überhaupt keine Chance gibt, eine nationale Polizeitruppe zum Einsatz zu bringen.

Die Voraussetzungen für eine internationale Truppe wären sehr viel günstiger. Allerdings müßte erreicht werden, daß mit vielen Ländern Verträge abgeschlossen werden.

Aus unserer Erfahrung in den siebziger Jahren kann ich auch sagen, Herr Andreotti hat recht, wenn er meint, unsere Maßnahmen gegen den Terrorismus müssen unter strikter Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit getroffen werden.

Wir haben seinerzeit auch respektiert, daß deutsche Terroristen mit der Begründung, es handle sich um politische Gefangene, Asyl in Frankreich gefunden haben.

Wir haben auch respektiert, daß der große französische Philosoph Jean Paul Sartre zu uns gekommen ist und sich im Gefängnis Stammheim überzeugt hat, daß wir mit den da einsitzenden Terroristen rechtsstaatlich umgehen.

Etwas schwerer ist es uns gefallen, zu respektieren, daß unsere Freunde manchmal allzu schnell Terroristen abgeschoben haben.

Lassen Sie uns im Kampf gegen den Terrorismus auch darauf bedacht sein, daß wir den Terroristen nicht publizistisch zum Erfolg verhelfen. Ich weiß nicht, ob das Wort vom „Kriegszustand“ ein glücklich gewähltes Wort war; denn die Terroristen wollen Kämpfer sein. Sie wollen den Kombattantenstatus haben. Aber sie sind doch Kriminelle. Die Medien haben hier ein weites Feld der Verantwortung.

Und ein letztes: Wir brauchen eine gemeinsame Rüstungspolitik; denn wer es ernst meint mit dem Kampf gegen den internationalen Terrorismus, muß auch dafür eintreten, daß die Staaten, die den Terrorismus bekämpfen wollen, nicht gleichzeitig jene Staaten mit Waffen stärken, die den Terrorismus predigen. Sonst sind alle großen Worte, die wir heute hier sprechen, heuchlerisch; und wir werden das einbüßen, was unsere größte, vielleicht sogar einzige Stärke ausmacht - die Glaubwürdigkeit und moralische Reputation dieser Versammlung.¹ (-/19.9.1986/vo-he/st)

* * *

